

presse

Bundesnetzagentur soll Gesetze vollziehen, nicht neoliberale Politik machen

Zu den Äußerungen des Präsidenten der Bundesnetzagentur am 14.12. bei der Vorstellung des Tätigkeitsberichts 2008/2009 für den Postbereich erklärt der stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Barthel:

Bei der Regulierung des Postmarktes liegt die Bundesnetzagentur seit Jahren mit der Gesetzeslage über Kreuz.

Das Postgesetz verlangt die Einhaltung branchenüblicher Arbeitsbedingungen bei allen Wettbewerbern. Obwohl sie selbst grösste Verstöße gegen diese Norm festgestellt hat und außerdem ein gesetzlicher Mindestlohn für die Branche eingeführt wurde, bleibt die Bundesnetzagentur bei der Durchsetzung von Recht und Ordnung auf dem Postmarkt untätig.

Stattdessen fordert der Präsident der Bundesnetzagentur einen "Arbeitslohn, der den unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten der Unternehmen gerecht wird." Abgesehen davon, dass eine solche Vorstellung dem gesamten seit 60 Jahren entwickelten System der Branchentarifverträge zuwiderläuft, ist sie schlicht rechtswidrig.

Im Übrigen wird es fairen Wettbewerb im Postsektor erst dann geben, wenn alle Wettbewerbsfaktoren aus Universaldienstleistung, Arbeitsbedingungen, europäischem Wettbewerb und Besteuerung im Zusammenhang gesehen werden, anstatt - wie es leider der Präsident der Bundesnetzagentur immer wieder tut - nur Einzelaspekte herauszugreifen.